

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 6

Artikel: Sozialistischer Aufbau in Israel
Autor: Oettli, Mascha
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337117>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß im Unterschied zu den früheren Programmen der Entwurf nicht nur auf den Staat zur Verwirklichung der vorgeschlagenen Ziele zählt. Er verlangt, daß die Selbsthilfwerke zur Mitarbeit an der Sozialpolitik entsprechend ihrer Möglichkeiten herangezogen werden und daß die Verwaltung der Sozialwerke durch die direkt Interessierten zu fördern sei. Der Programmentwurf folgt in dieser Beziehung der Tendenz, die sich seit dem Krieg in vielen sozialistischen Parteien zeigte und die den Ideen entspricht, die in der Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale enthalten sind.

Wir glauben, in den vorstehenden Zeilen gezeigt zu haben, daß das sozialdemokratische Programm der Sozialpolitik, aus dem wir einige der Hauptpunkte zusammenfaßten, in seiner Gesamtheit vollkommen übereinstimmt mit den feierlich angenommenen Grundsätzen der großen internationalen Organisationen, wie der Internationalen Arbeitsorganisation und den Vereinten Nationen. Es mag vielleicht etwas befremden, daß diese Grundsätze auch von einer großen Zahl von Staaten angenommen wurden, deren Regierungen vom Sozialismus weit entfernt sind. Aber wir wollen ausdrücklich festhalten, daß es nicht die sozialistische Partei ist, die den bürgerlichen Auffassungen entgegenkam. Es ist im Gegenteil die Logik der sozialistischen Auffassungen, die sich in einer auffallenden Weise immer dann aufdrängte, wenn man auf internationaler Ebene ein Programm der Sozialpolitik verfassen wollte.

Immerhin ist es eine Sache für sich, diese Grundsätze in einer internationalen Versammlung angenommen zu haben, und eine andere, sie in die Tat umzusetzen. Und man kann feststellen, daß die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften täglich kämpfen müssen, um zu versuchen, die Ideen siegen zu lassen, deren Richtigkeit selbst von ihren Gegnern erkannt wurde. In diesem Kampf können die internationalen Dokumente, deren Inhalt wir in Erinnerung riefen, eine wertvolle Hilfe darstellen. Es wird gut sein, diese in der Kampagne zur Verwirklichung des Parteiprogramms zu benützen.

(Übersetzung aus dem Französischen)

MASCHA OETTLI

Sozialistischer Aufbau in Israel

Israel – zugleich einer der ältesten Staaten der Welt dank seiner Geschichte, die bis zu Abraham führt – und einer der jüngsten – bietet für sozialistische Besucher außergewöhnlich viel Interessantes und Einmaliges: Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteien der Länder mit kapitalistischer Entwicklung, die in ihrer politischen Arbeit Rücksicht nehmen

müssen auf bestehende Institutionen und sich oft *gegen* eine Entwicklung wenden müssen, standen die Sozialisten in Israel beim Aufbau ihres Landes weitgehend vor dem Nichts, das heißt vor der Wüste. Sie hatten weder gegen kapitalistische Wirtschaftsformen zu kämpfen noch gegen alteingesessene Vorrechte in der Regierung. Von Anfang an konnten sie sich *für* etwas einsetzen, etwas Neues aufbauen. Frei von dogmatischer Haltung, jedoch voll Idealismus gingen sie an die Arbeit, vor allem von der praktischen Notwendigkeit getrieben. Israel wurde weitgehend sozialistisch, weil dies der zweckmäßigste, wenn nicht der einzige Weg des Aufbaues eines Staates aus dem Nichts war.

Die landwirtschaftlichen Siedlungen

Ein erster Versuch vor der Jahrhundertwende, das Land auf kapitalistische Art zu besiedeln, war offensichtlich mißlungen. Mit großen Geldzuschüssen hatten einige Farmer in Palästina Orangenplantagen angelegt. Die Arbeit in diesen wurde nicht durch jüdische Einwanderer ausgeführt, sondern durch billige arabische Arbeiter. Ben Gurion, der sozialistische Ministerpräsident, zog in einer Rede das Fazit dieser Siedlungsversuche: 90 Millionen Franken Ausgaben, tausend angesiedelte Juden, Beschäftigung für dreitausend arabische Arbeiter – das ist das Resultat der Kolonisation von 25 Jahren auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Jeder Siedler mit den durch ihn beschäftigten drei nicht-jüdischen Arbeitskräften kostete rund 90 000 Goldfranken.

Dieses Vorgehen hatte keine Zukunft. Es entsprach auch nicht dem, was sich die anfangs dieses Jahrhunderts in der zweiten Einwanderungswelle vor allem aus Rußland und Polen einwandernden linksgerichteten Jugendlichen unter Aufbau eines eigenen Landes in Kameradschaft, Freiheit und Gerechtigkeit vorstellten. So wurde es auf anderen Wegen versucht.

Voll Enthusiasmus waren die jungen Einwanderer gekommen, um den Boden ihrer «Heimat» zu bebauen. Sie hatten nichts in den Händen, sie waren keine Bauern, hatten keine Erfahrungen in der Bewirtschaftung des Bodens und fanden sich nun unter einer im Sommer alles versengenden Sonne, in einer Wüste und im Norden vor Sümpfen voll Mücken, die ihnen Malaria brachten.

Sie verstanden rasch, daß sie, jeder für sich allein, nicht weiterkommen können, und schlossen sich darum zu einer Gemeinschaft zusammen. Wenn die Frauen für alle kochten und flickten, der Boden gemeinsam bearbeitet, die Wasserleitung gemeinsam gelegt und die Wache gegen die räubernden Araberstämme abwechselnd gehalten wurde, konnten die großen natürlichen Schwierigkeiten eher überwunden werden. So entstand der erste *Kibbuz* (Mehrzahl *Kibbuzim*), wie diese Gemeinschaftssiedlungen genannt werden. Seinem Beispiel folgte eine ganze Reihe weiterer solcher Siedlungen. Gemein-

sam wird die Arbeit besprochen, gemeinsam gekocht und gegessen, gemeinsam über die Erziehung der Kinder beraten. Demokratisch werden die Verantwortlichen gewählt.

Aus den Zelten und primitiven Unterkünften der ersten Zeit sind in den älteren Siedlungen richtige Wohnhäuser geworden. In modernen großen Ställen wird das Vieh der Siedlung gehalten, mit mächtigen Traktoren wird der Boden des Dorfes gemeinsam bearbeitet. Der gemeinsame Eßsaal bildet auch heute noch das Zentrum der Siedlung. Im modern ausgerüsteten Waschhaus wird für das ganze Dorf gewaschen. Am schönsten Platz stehen die Kinderhäuser: Im Haus für die Säuglinge wird im Sommer für besondere Kühlung und Lüftung gesorgt. Die Kindergartenkinder und die Schulkinder sind in eigenen Häusern untergebracht. Geschulte Pflegerinnen und Lehrer kümmern sich um sie. Nach Feierabend, gegen fünf Uhr, kommen Eltern und Kinder zusammen, wenn sie sich nicht schon vorher bei der Arbeit oder in der Mittagspause getroffen haben. In manchen Kibbuzim schlafen die Kinder bei den Eltern, in anderen in den Kinderhäusern. In beiden Fällen bringen jedoch die Eltern die Kinder zu Bett. Man muß sie gesehen haben, die Väter und Mütter, wie sie abends am Bett des Kindes sitzen und mit ihm reden.

Jeder arbeitet nach seinen Möglichkeiten, jedem wird die Wohnung, das Essen und ein Betrag für die Anschaffung von Kleidern zur Verfügung gestellt. Außer einem kleinen Taschengeld für individuelle Wünsche wird kein Geldlohn für die Arbeit ausbezahlt. Alle haben die gleiche Lebenshaltung, ob sie nun geschickter oder weniger geschickt, kräftiger oder weniger kräftig sind, mehr oder weniger Verantwortung tragen. Keiner nimmt es dem andern übel, wenn er weniger leisten kann. Hatte er vielleicht schlimmer unter den Verfolgungen in seinem Ursprungsland zu leiden, ist er von Natur aus schwächer? Dafür kann der Mensch doch nichts. Warum soll er also deswegen weniger zum Leben haben? Hauptsache ist, daß er seinen Kräften entsprechend arbeitet.

Große Bedeutung wird dem *kulturellen Leben* der Siedlung beigemessen. Eine Bibliothek sorgt für gute Bücher, die viel gelesen und studiert werden. Kurse werden organisiert, Mitglieder der Siedlung an Fachkurse geschickt, damit sie das Neueste für ihr besonderes Arbeitsgebiet lernen. Wöchentlich werden Filme vorgeführt. Die älteren, schon wohlhabenderen Siedlungen bauen große Anlagen für Theatervorführungen im Freien und laden Schauspieltruppen aus der Stadt ein. In Konzerten spielen die besten Künstler des Landes. Dorffeste werden gemeinsam gefeiert, Sportwettbewerbe für groß und klein veranstaltet. Für die meisten selbstverständlich ist die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und einer Arbeiterpartei. Gemeinsam wird der Friedhof gepflegt, in dem die Jungen begraben liegen – die Kinder, kann man fast sagen –, die ihren Kibbuz nach Abzug der englischen Mandats-

verwaltung und nach Ausrufung des Staates Israel Mitte Mai 1948 gegen die arabischen Angreifer verteidigten. Alle Kibbuzim des Landes sind in einem Verband zusammengeschlossen.

Ist ein solches Gemeinschaftsleben nicht das, was wir uns als Sozialisten oft erträumt haben? Keine Familie muß sich sorgen, wie sie das Brot für den nächsten Tag beschaffen kann. Gleichgültig, wie groß die Kinderschar ist, alle erhalten eine Ausbildung, wie sie von der Gemeinschaft als bestmögliche angesehen wird. Das Leben der Alten und Kranken ist gesichert, auch sie erhalten, was sie brauchen. Im Laufe der Jahre und mit dem Nachlassen der größten Schwierigkeiten konnte auch dem individuellen Familienleben mehr Raum gegeben werden. In den Wohnungen sind Radios und die Möglichkeit, Tee zu kochen, rings um die Häuser herum Blumengärten, die jeder nach seinem Geschmack gestalten kann. Je initiativer die Gemeinschaft ist, desto höher der Lebensstandard. Die eine Siedlung baut zur Ergänzung des Einkommens aus der Landwirtschaft ein Ferienhaus, die andere eine Spinnerei, um die angepflanzte Baumwolle selber verarbeiten zu können, eine dritte betätigt eine Druckerei.

Die Frauen sind von ihren kleinen Kochtöpfen und dem ewigen Geschirrabwaschen befreit. Auch sie haben Zeit zum Lesen und wirklich Freizeit für die Kinder. Die Hausarbeiten werden zweckmäßig für das ganze Dorf verrichtet – als Berufsarbeit.

Gleichzeitig wird für die größere Gemeinschaft des ganzen Landes gesorgt: Fachkräfte werden für die Verwaltung des Landes abgegeben oder zum Aufbau neuer Siedlungen.

Das gemeinsame Leben war zu Beginn eine Notwendigkeit. Es war nicht möglich, auf einem anderen Weg mit den Schwierigkeiten fertig zu werden. Für viele ist es heute noch das Ideal. Gruppen von Jungen gründen neue Kibbuzim in den noch unbebauten Gegenden des Landes. Manche andere empfinden das Leben in einer solchen Gemeinschaft jedoch als schwer und verlassen die Siedlung. Zahlreichen Kibbuzim fehlt es heute an Arbeitskräften. Sie würden gern neue Mitglieder aufnehmen.

Dem Besucher des Landes wird offensichtlich: die Menschen sind zu verschieden, als daß sie alle auf die gleiche Art leben wollten. Auch in einer sozialistischen Gesellschaft müssen die verschiedensten Lebensformen möglich sein. Und noch etwas wird klar: Das tägliche Brot, kurze Arbeitszeit, soziale Sicherheit von der Wiege bis zum Grab, die Möglichkeit, die Kinder und sich selber zu schulen, ein lebendiges kulturelles Leben, sie allein genügen nicht, um alle Menschen zu befriedigen. Manche Junge ziehen aus, *um etwas Eigenes aufzubauen*, um in einer neuen Siedlung in der Wüste von vorne anzufangen. Sie schaffen lieber in harter Arbeit und primitivsten Lebensbedingungen etwas Eigenes, als das von den Eltern begonnene Werk weiterzuführen. Die neue Aufgabe und der Kampf mit den Schwierigkeiten

locken sie. Es sind sicher nicht die Schlechtesten, die solche neue Aufgaben einem Leben in größerer Sicherheit und größerem Wohlstand vorziehen. Sie gehören zu den Lebendigsten. (Die Frage drängt sich auf: Welche Möglichkeiten bieten wir Sozialisten in einem alten Land den Jungen, ihre Kräfte auf solche Art einzusetzen?)

Andere ziehen vor, unter großen Schwierigkeiten eine Wohnung und Arbeit in der Stadt zu suchen, um in der Masse untertauchen zu können, um ihr Leben nicht täglich von den übrigen Mitgliedern der Siedlung beobachtet zu wissen. Auch das ist wichtig für manche.

Idealisten, Menschen, die gern die Verantwortung für den Aufbau einer solchen Siedlung übernehmen, schätzen ein solches Gemeinschaftsleben und andererseits Menschen, die Mühe haben, sich im schwierigen Kampf ums Dasein bei einem individuellen Leben zu behaupten.

Ein sozialistischer Zug im Leben Israels ist sicher der, daß kein Mensch gezwungen wird, in einem Kibbuz zu bleiben. Wer will, verläßt ihn. Neue Formen der landwirtschaftlichen Siedlungen wurden geschaffen: die *Moschavim*, in denen jede Familie ihren eigenen Haushalt führt und ihr Feld bearbeitet. Auch in diesen Siedlungen ist jedoch vieles genossenschaftlich organisiert: der Verkauf der Produkte, der Einkauf. Die Felder sind so gelegt, daß gewisse Arbeiten mit großen Maschinen für alle gemeinsam ausgeführt werden können. Die sozialen Dienste, wie Schulung der Kinder, Verwaltung des Dorfes, Ein- und Verkauf, werden gewählten Verantwortlichen anvertraut, deren Boden dann von den übrigen Mitgliedern der Siedlung bearbeitet wird. Ein Moschav beginnt auf Neuland, mit Hilfe von Krediten. Wenn nach einigen Jahren ein angemessener Lebensstandard erreicht ist, leistet der alte Moschav neuen solchen Siedlungen finanzielle Hilfe. Die Zahl der Moschavim ist heute etwa ebenso groß wie die der Kibbuzim. Beide zusammen bilden rund 500 Dörfer im ganzen Land. Alle diese Siedlungen sind einer Großhandelsgenossenschaft angeschlossen, die eine Reihe von Lebensmittelbetrieben, Konservenfabriken, Milchverarbeitungsbetrieben unterhält. Wer in einem Restaurant besonders billige und frische Milchprodukte erhält, kann sicher sein, in einem Restaurant dieser Genossenschaft zu sein.

Auch ganz individuelle Landwirtschaftsbetriebe und Dörfer von solchen sind in Israel anzutreffen.

Mit dieser Vielgestaltigkeit der Lebens- und Wirtschaftsformen wird dem wesentlichen sozialistischen Ideal der *Freiheit* Rechnung getragen. Freiheit und Toleranz sind denn auch hervorstechende Züge im Leben Israels – natürlich im Rahmen des Möglichen und der Interessen der ganzen Gemeinschaft. Es ginge zum Beispiel nicht an, daß alle Neuankömmlinge in den schon ausgebauten Städten wohnen, wie sie gern möchten. Neue Städte, neue Siedlungen müssen in den noch un bebauten Gegenden entstehen. Wo es aber möglich ist, herrscht Toleranz: Die Christen wollen am Sonntag die Arbeit

ruhen lassen: so sei Sonntag ihr Feiertag. Für die Juden ist Samstag der Ruhetag, für die Moslems der Freitag. Warum nicht? Und so sieht man im christlichen Nazareth an Sonntagen neben den arabischen christlichen Kirchgängern jüdische Arbeiter die Straßen flicken. Den orthodoxen Juden ist gestattet, ihre Kinder in orthodoxe Staatsschulen zu schicken. (Hier allerdings wird diskutiert, ob dieses Entgegenkommen nicht zu weit gehe.)

Die Rolle der Gewerkschaft

Jeder Bewohner von Tel Aviv kennt den sogenannten «Kreml», den großen, neuen – aber schon wieder zu kleinen – Gebäudekomplex der Histadruth, der israelischen Gewerkschaft.

Als sich im Jahre 1920 gegen hundert Frauen und Männer in Haifa zur ersten Versammlung der jüdischen Arbeiter trafen, kannten sie sich alle. Fast alle waren junge Einwanderer, die «ältesten» waren seit 15 Jahren im Land. Alle hatten sie schwierige Verhältnisse, Verfolgungen in ihren Geburtsländern erlebt, und alle waren sie nun entschlossen, einen eigenen Staat aufzubauen für sich und die Juden der ganzen Welt. Sie fanden, wie gesagt, ein armes Land vor ohne soziale Einrichtungen, ohne Ärzte, ohne Schulen. Was lag näher, als sich auch für die Bewältigung der sozialen Aufgaben in einer Gewerkschaft zusammenzuschließen, um sich gegenseitig zu helfen, um gemeinsam einen Arzt und Krankenschwestern anstellen zu können?

Die Probleme waren bei allen Berufsgruppen ungefähr gleich, die Zahl der Arbeitenden insgesamt klein, so beschlossen die Delegierten in Haifa, eine Organisation für alle zu bilden, den *Allgemeinen Bund der jüdischen Arbeiter, die Histadruth*. Heute noch ist sie die einheitliche Organisation, die die Arbeiter aller Berufe umfaßt, natürlich mit Untergruppen. Neben den Bauarbeitern gehören ihr die landwirtschaftlichen Siedler an und die Industriearbeiter. Sie umfaßt Verbände von Handwerkern, eine Abteilung für die Interessen der liberalen Berufe und auch die Hausfrauen. Seit Anfang dieses Jahres sind auch die Araber als Vollmitglieder mit allen Rechten zugelassen (bis dahin hatten sie nur teilweise Rechte).

Mehr als drei Viertel aller Arbeitenden in Israel gehören der Histadruth an. Fast die Hälfte der Mitglieder sind Frauen. Jeder, der sein Leben durch eigene Arbeit verdient und nicht regelmäßig Lohnarbeiter beschäftigt, kann ihr angehören.

Mit der Histadruth wurde eine Organisation geschaffen, die eine Reihe von Aufgaben übernahm, die in anderen Ländern natürlicherweise der Regierung, dem Staat, zufallen, wie soziale Dienste, Schulen, Hilfe für den Aufbau der Wirtschaft des Landes, ja auch die militärische Verteidigung. Weder der türkische Staat, dem Palästina bis zum Ersten Weltkrieg unterstand, noch die englische Mandatsregierung, die 1923 die Verwaltung des Landes übernahm, kümmerten sich um den Ausbau dieser Institutionen für

die jüdischen Einwanderer. So halfen sich diese selber durch ihre Gewerkschaft, die eine Art Staat im Staate wurde. Daher auch die Vielseitigkeit ihres Arbeitsgebietes.

Neben Verhandlungen mit den Arbeitgebern zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Schaffung von Arbeitsämtern, die den Neueinwanderern bei der Arbeitssuche helfen, galt es, diese Neueinwanderer beruflich auszubilden. Denn für den Aufbau des Landes brauchte man Landarbeiter, Straßen- und Industriearbeiter viel eher als Professoren und Händler. So gründete die Gewerkschaft zahlreiche *Berufsschulen* für Buben und Mädchen und für Erwachsene.

Eine wichtige Aufgabe sieht die Gewerkschaft in der *Steigerung der Arbeitsproduktivität*. Im Jahr 1949 organisierte sie eine erste paritätische Aussprache über dieses Problem und schuf eine besondere Abteilung, die den Produktivitätsausschüssen in den Betrieben zur Seite steht. Auch schickte sie Arbeiter ins Ausland, um die dortigen Produktionsmethoden zu studieren. Durch eine Vereinbarung mit dem Fabrikantenverband wurden in allen Betrieben mit mehr als fünfzig Arbeitern paritätische Ausschüsse zur Hebung der Produktivität eingesetzt. Auf nationaler Ebene arbeitet die Histadruth mit der Regierung und dem Arbeitgeberverband zusammen, um die Probleme der Produktivität in Industrie, Landwirtschaft und Bauwirtschaft zu lösen.

Aber nicht nur um die berufliche Ausbildung kümmert sich die Gewerkschaft: die jüdischen Einwanderer aus allen Ländern der Welt, aus Rußland, Polen und Deutschland, die schwarzen Juden aus Afrika, die Jemeniten aus arabischem Gebiet, sie alle müssen zu *einem* Volk zusammengeschmolzen werden. Allen Neuankömmlingen muß das Gefühl der Gemeinschaft in der Arbeiterbewegung gegeben werden. Dazu braucht es als erstes eine gemeinsame Sprache. Die Histadruth führt darum Tausende von Kursen zur Erlernung der hebräischen Sprache durch. Sie gibt eine eigene Tageszeitung heraus; sie hat ein eigenes Verlagshaus, kümmert sich um den Ausbau der Volkstanzgruppen, von Chören. Sie führt Erwachsenenurse durch, um den einwandernden Analphabeten unter den Juden aus dem Orient die nötigen Volksschulkenntnisse zu vermitteln, sie bemüht sich, die arabischen Eltern zu bewegen, ihre Kinder (auch die Mädchen) in die Schule zu schicken. – In vier Arbeiterschulen werden die Funktionäre für die Histadruth ausgebildet.

Eine große soziale Leistung der Histadruth ist ihre *Krankenversicherung*. Sie zählt Hunderte von Kliniken über das ganze Land verteilt sowie eine Reihe großer Spitäler, medizinischer Hilfsinstitutionen und Erholungsheime. Die Gewerkschaftsmitglieder genießen im Krankheitsfall *völlig unentgeltliche Behandlung und Pflege*. Die Kosten werden durch die Beiträge der Mitglieder aber auch der Arbeitgeber gedeckt.

«Wird kein Mißbrauch getrieben bei solch ausgedehnter und völlig un-

entgeltlicher medizinischer Hilfe? Gehen die Leute nicht wegen jeder Kleinigkeit zum Arzt?» – Diese Fragen brennen Schweizer Besuchern auf der Zunge, die an die heftige Opposition der Ärzte im eigenen Lande gegen den Ausbau der obligatorischen Kranken- und Mutterschaftsversicherung denken.

«Natürlich kommen Menschen mit Bagatellfällen zum Arzt. Wenn wir aber überlegen, was dem Gesundheitszustand des ganzen Volkes mehr nützt, ein völlig freier ärztlicher Dienst oder die Einführung von Taxen zur Verhütung von Konsultationen in Bagatellfällen, so müssen wir unbedingt der ersten Lösung den Vorzug geben», war die überlegte Antwort eines israelischen Arztes.

Die Gewerkschaft kümmert sich um die *Arbeiterjugendorganisation* mit ihren Jugendklubs und Foyers und mit pfadfinderähnlicher Tätigkeit. Der Betreuung der Jugend durch die Gewerkschaft kommt eine besondere Bedeutung zu wegen der großen Einwanderung von Juden aus dem Osten, die den Sitten ihrer Ursprungsländer entsprechend die Kinder nicht schulten. Berufsausbildung schien ihnen «neumodischer Unsinn», der verhindert, daß die Kinder möglichst früh Geld nach Hause bringen. Treffen diese Kinder am Arbeitsplatz junge Menschen ihres Alters mit völlig anderer Lebensauffassung, so kann es leicht dazu kommen, daß der junge orientalische Jude seine eigenen Angehörigen zu verachten beginnt, sich über die Tradition hinwegsetzt und schließlich geistig nirgends mehr zu Hause ist.

Besondere Abteilungen der Gewerkschaft bemühen sich um den *Arbeitersport* mit Organisationen in allen Städten und Dörfern und einer eigenen Sportschule.

Ganz entscheidend ist aber auch die Tätigkeit der Gewerkschaft

beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes.

Die ersten Siedler gründeten *Genossenschaften*, nicht nur in der Landwirtschaft, auch im Bausektor und im Gewerbe. Doch rasch drang die Erkenntnis durch, daß die Lage nicht durch kleine, voneinander unabhängige Genossenschaften gemeistert werden kann. Darum gaben die Arbeiter ihren genossenschaftlichen Unternehmungen eine *zentrale Leitung* durch die Gewerkschaft. Zudem wurden zentrale Revisionsorgane geschaffen, die auch für die Einhaltung der genossenschaftlichen Grundsätze verantwortlich waren. Daneben gründete die Histadruth selber Betriebe, die Eigentum der Gesamtheit ihrer Mitglieder waren und durch sie kontrolliert wurden. Fester Grundsatz ist, daß die gewerkschaftseigenen Betriebe keine Dividenden ausschütten dürfen. Allfällige Gewinne müssen zur Ausdehnung der bestehenden oder zur Gründung von neuen Betrieben verwendet werden.

Durch den Zusammenschluß aller Genossenschaften – sowohl der Produktiv- als auch der Konsumgenossenschaften – in der Gewerkschaft lassen

sich viele Konflikte vermeiden und eine Zusammenarbeit schaffen, die im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegt.

Der Leitung der Gewerkschaft untersteht auf diese Weise ein Viertel der Wirtschaft des ganzen Landes (drei Viertel der landwirtschaftlichen Produktion, je ein Viertel des Bausektors und der öffentlichen Arbeiten sowie des Transport- und Verkehrswesens).

Überall im Lande stößt man auf Betriebe der Histadruth: Druckereien, Diamantschleifereien, Schreinereien, Bäckereien, Restaurationsbetriebe, Hotels, Waschanstalten. Die Genossenschaften spielen eine große Rolle bei der wirtschaftlichen Eingliederung der Neuankömmlinge. Diese beginnen oft als im Lohn angestellte Arbeiter der Genossenschaft und haben nach einigen Jahren Anrecht, Mitglieder zu werden.

Ein Zehntel der Bevölkerung Israels wohnt in Häusern, die von der *Wohnbaugenossenschaft* der Histadruth gebaut wurden. Um Kapital für den Bau weiterer Häuser freizubekommen, werden die fertiggestellten Wohnungen nach Möglichkeit den Bewohnern verkauft in Form von Wohnungseigentum, wobei aber eine besondere Bestimmung die Spekulation mit diesen Wohnungen verhindert: Sie dürfen nicht direkt an andere Interessenten verkauft werden. Jeder Verkauf hat über die Wohnbaugenossenschaft zu erfolgen.

Die Finanzierung aller Genossenschaften ist Aufgabe der *Arbeiterbank*. Neuankömmlinge können von ihr Kredite erhalten, um einen Betrieb zu eröffnen, um die Einkaufsprämie in eine Produktivgenossenschaft zu zahlen usw.

Eine besondere Unternehmung der Gewerkschaft führt einen großen Teil aller Bauarbeiten im Land aus. Ihre Industriefilialen stellen mehr als die Hälfte der Schwerindustrie des Landes dar. Sie allein beschäftigt mehr als 25 000 Arbeiter. Gemeinsam mit der Regierung und der Jewish Agency (der Organisation, die sich um die Einwanderung kümmert) sorgt ein Unternehmen der Gewerkschaft für die Beschaffung des für die Bewässerung des Landes notwendigen Wassers.

Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen gibt es überhaupt eine Fülle in Israel. Landwirtschaftliche Siedlungen beteiligen sich mit privaten Kapitalgebern an industriellen Unternehmungen; Genossenschaften, Regierung und private Kapitalgeber arbeiten zusammen. Jede Kombination ist möglich.

Wenn man Funktionären der Arbeiterbewegung die Frage stellt, ob sie keine Bedenken hätten, daß mit dem Anwachsen des Wohlstandes im Land doch wieder privatkapitalistische Interessen die Überhand gewinnen, verneinen sie dies entschieden und fügen seufzend hinzu: «Wenn wir nur mehr Kapitalisten und ihr Kapital in unserem Land hätten. Daß sie die Arbeiter nicht ausbeuten, dafür garantiert die fast hundertprozentige Organisation der Arbeiter in der Gewerkschaft wie auch die Konkurrenz durch die Genossenschaften und die gewerkschaftseigenen Betriebe.»

Wie weit der Einfluß der zentralen gewerkschaftlichen Kontrolle auf die Einhaltung der genossenschaftlichen Grundsätze geht, zeigt ein aktuelles Beispiel: Der Straßenverkehr wird in Israel in der Hauptsache durch drei genossenschaftlich organisierte Autobusbetriebe bewältigt. Die Eisenbahn spielt nur eine untergeordnete Rolle. Als Konkurrenz begegnen den Autobusgenossenschaften auf der Straße nur die Taxigenossenschaften oder -gesellschaften, die, auf bestimmte Strecken verteilt, als «Sammeltaxis» alle mitnehmen, die mitfahren möchten. Da sich der durch die Autobusse zu bewältigende Verkehr stark ausdehnte, waren die drei Genossenschaften gezwungen, Chauffeure im Lohn anzustellen. Ein gewisses Ausmaß solcher Lohnarbeit in Spitzenzeiten war gestattet. Als sie jedoch immer größere Ausmaße annahm, wurde von der zentralen gewerkschaftlichen Instanz den Autobusgenossenschaften das Ultimatum gestellt: entweder Aufnahme der im Lohn angestellten Chauffeure in die Genossenschaft mit allen Vorteilen, die die Mitglieder genießen, oder Verstaatlichung der Betriebe.

Große Anstrengungen werden unternommen, um das *Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben* auszubauen. Auch in Israel zeigt sich, daß dies keine einfache Aufgabe ist. Das Problem wird durch die bloße Sozialisierung der Betriebe nicht gelöst. Allmählich müssen die Arbeiter dazu erzogen werden, Mitverantwortung für den Betrieb tragen zu wollen und zu können. In Israel werden sie nach und nach in die Aufgaben der Betriebsverwaltung eingeführt, zuerst in der Abteilung für Löhne und Anstellungsverhältnisse, später in anderen Abteilungen. Immer wieder kommt es vor, daß Arbeiter die Verantwortung nicht mehr tragen wollen. Sie wollen nicht «Verräter an den Arbeitern» genannt werden, weil sie aus Verantwortung für den Betrieb Lohnerhöhungen nicht befürworten. Dann reden die Funktionäre mit ihnen, erklären ihnen die Bedeutung der Mitverantwortung, und wie sehr ihr Versagen der ganzen Sache schaden würde. Und immer wieder muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß nicht der Ausbau der Kantine erstes Ziel des Mitbestimmungsrechtes ist.

Mit der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 gingen verschiedene Aufgaben, die bisher von der Gewerkschaft erfüllt wurden, auf den Staat über: so die Schulen, das Militär, die Arbeitsämter. Zurzeit wird diskutiert, ob auch die Krankenversicherung durch den Staat übernommen werden soll. Selbstverständlich behält die Gewerkschaft auch nach der Verstaatlichung einen wesentlichen Einfluß in der Führung dieser Institutionen. In Gesamtarbeitsverträgen vereinbarte soziale Leistungen wurden durch *Sozialgesetze* erweitert. Um nur einige Beispiele zu nennen: Jedem Erwerbstätigen sind gesetzlich 14 Tage Ferien gesichert, von denen 12 bezahlt sein müssen. In Berufen, die als gelernte Berufe bezeichnet sind, müssen alle beschäftigten Jugendlichen eine vollständige Lehre absolvieren. Erwerbstätigen Frauen wird bei einer Niederkunft eine Schutzzeit von 12 Wochen garantiert bei

Ausrichtung von 75 Prozent des Lohnes. Wöchnerinnen können dieser Schutzzeit noch einen unbezahlten Urlaub anschließen, ohne das Recht auf den Arbeitsplatz zu verlieren.

Was in Israel auffällt, sind die *geringen Unterschiede in der Lebenshaltung*, wenn man von den frisch angekommenen Einwanderern und einem Teil der orientalischen Juden absieht. Das höchste Einkommen ist nur dreimal so groß wie das niedrigste, wobei es ein unerschöpfliches Thema für Diskussionen ist, ob dies richtig ist oder ob der Unterschied doch größer sein sollte, ferner wer den höchsten Lohn haben sollte, der Universitätsprofessor oder der Bus-Chauffeur? Der eine hat eine längere Ausbildungszeit, aber dafür eine interessantere Arbeit. Oder würde der Professor seine Arbeit mit derjenigen eines Bus-Chauffeurs tauschen wollen, der bei heißem Wetter sein großes Fahrzeug auf den oft engen Straßen zwischen Eselskarren und anderen Gefährten hindurchsteuern muß? Tatsache ist, daß die Taxi- und Bus-Chauffeure heute zu den Erwerbstätigen mit der höchsten Lebenshaltung gehören. Die Wohnung eines Autofahrlehrers, in die ich eingeladen war, wies weit mehr Luxus auf als diejenige eines Professors der Universität in Jerusalem.

Durch die große Zahl ihrer Eigenbetriebe und der ihr angeschlossenen Genossenschaften kommt der Histadruth eine ungeheure Verantwortung zu in bezug auf die Lohngestaltung. Sie hat es nicht leicht: So sehr sie ihren Mitgliedern höhere Löhne und einen besseren Lebensstandard gönnen möchte, so sehr lastet die Verantwortung auf ihr, im Interesse des Exportes weitere Preissteigerungen von der Lohnseite her zu vermeiden.

Tatsache ist, daß etwa ein Drittel der Ausgaben des Volkes nicht durch eigene Arbeit, sondern durch deutsche Wiedergutmachungszahlungen (die sich ihrem Ende nähern) und Geschenke der Juden der ganzen Welt gedeckt werden. Die riesigen modernen Gebäudekomplexe der Universität in Jerusalem und des Technikums in Haifa, die Kunsthalle und der große Konzertsaal in Tel Aviv sind Geschenke reicher Juden, meist aus Amerika. Aber auch viele Gelder für die Ansiedlung der Neueinwanderer kommen von außen, ebenso können sich die Heime der Frauenabteilung der Gewerkschaft nur mit Hilfe von Zuschüssen der jüdischen Frauenorganisationen der ganzen Welt halten. Auch dieses Problem bildet den Gegenstand täglicher Diskussionen: «Wir müssen uns in der Lebenshaltung mehr einschränken, um unsere Wirtschaft mehr selbsttragend zu gestalten», erklären die einen. – «Wer kann von uns erwarten, daß wir in Israel genügend Ersparnisse machen können, um die Tausende von neuen Einwanderern mit Wohnungen, mit Maschinen und Geräten zu versehen? Es ist nur selbstverständlich, daß die Juden der ganzen Welt uns beim Aufbau des eigenen Staates und der Ansiedlung der Neuankömmlinge behilflich sind», erwidern die anderen.

Einige wenige Bemerkungen über die

politische Organisierung der Arbeiter.

Leider ist die Arbeiterschaft gespalten nicht nur in Sozialisten und Kommunisten (die Kommunisten spielen unter den Juden eine ganz unbedeutende Rolle, etwas größer scheint ihr Einfluß unter den Arabern zu sein). Die Sozialisten selber sind gespalten in die *Mapai*, die der Sozialistischen Internationale angeschlossen ist, und zwei kleinere Gruppen: *Mapam* und *Ahdut Ha'avoda*. Die bedeutendste Gruppe ist die *Mapai*. Sie hat die Mehrheit in der Leitung der *Histadruth* und bestimmt damit deren Kurs. Ministerpräsident Ben Gurion gehört der *Mapai* an, ebenso Außenministerin Golda Meir, um nur die bekanntesten Namen zu nennen. Bei einer nicht ganz halb so großen Bevölkerung wie derjenigen der Schweiz zählt die *Mapai* dreimal so viele Mitglieder wie die SPS. Der ordentliche Kongreß der *Mapai* fand dieses Jahr im 3500 Plätze fassenden Konzertsaal in Tel Aviv statt. Der hinterste Platz war besetzt, und eine große Zahl von Mitgliedern, die um Gastkarten baten, mußte abgewiesen werden. Natürlich, die Teilnahme am Kongreß ist nicht nur dem Interesse an den behandelten Geschäften zu verdanken. Er ist ein gesellschaftliches Ereignis. Man sieht dort Bekannte und Verwandte, die alten Kollegen. Kurz, man war dabei.

Die *Mapai* hat eine eigene *Parteischule* mit Platz für 480 Schüler, an der laufend längere und kürzere Kurse durchgeführt werden für Funktionäre und Jugendführer. Im Juni findet zum Beispiel ein Kurs dort statt zur Diskussion der Frage, wie erreicht werden kann, daß die besten Köpfe des Volkes sich der Politik widmen und nicht nur zum Beispiel der Physik und den anderen Wissenschaften. Die Schule liegt in freiem Gelände, umgeben von Orangenplantagen. In diesen arbeiten die Schüler der länger dauernden Kurse halbtags und tragen damit zum finanziellen Gleichgewicht der Schule bei.

In den Städten hat die *Mapai* große Büros, aber auch in zahlreichen kleineren Siedlungen steht ihr ein Haus, respektive ein Zimmer zur Verfügung als Büro und für Versammlungen. Dort wird beraten, diskutiert und Tee serviert. – Im Parlament hat die *Mapai* großen Einfluß, wenn auch nicht die Mehrheit.

Nicht nur um die Probleme im eigenen Land kümmern sich *Mapai* und *Histadruth*, verschiedenes wird unternommen zur *Hilfe an die noch weniger entwickelten Staaten Afrikas und Asiens*, die den Aufbau in Israel mit größtem Interesse verfolgen, um daraus lernen zu können. Als Mitglieder beider Internationalen haben die Sozialisten Israels Verbindung mit allen Ländern. Gästen aus dem noch jüngeren Staat Ghana wird der Aufbau in Israel gezeigt; das erste internationale Seminar der sozialistischen Jugendorganisation (IUSY) fand in Israel statt. – Mit Bedauern wurde mir erklärt, die Schweizer

Arbeiterschaft habe leider so viel mit ihren eigenen Problemen zu tun, daß der Kontakt mit ihr nicht sehr eng sei.

Die Sabra

Jeder Bewohner Israels ist stolz auf die in Israel geborenen Kinder. Sie machen tatsächlich einen erfreulichen Eindruck, diese großen, zum Teil blonden und blauäugigen und durchweg braungebrannten kräftigen jungen Menschen. Man nennt sie Sabra. Das ist der Name für die außen stacheligen, innen aber weichen und süßen Früchte der Kakteen. Sie ziehen den Kopf nicht ängstlich zwischen den Schultern ein wie die in ihren Ursprungsländern so oft verfolgten und geschlagenen Eltern. Man herrscht sie auch weniger in autoritärer Weise an. «Das Kind ist doch auch ein Mensch», wird erklärt. So erlebt man viel weniger Kindergeschrei und Trotz Szenen als anderswo.

Die Erziehungsprobleme werden gründlich diskutiert. Mit statistischen Untersuchungen wurde festgestellt, daß Kinder, die in der Schule «sitzen bleiben», keinen Vorteil davon haben. Auch in der Klasse der Jüngeren kommen sie selten an die Spitze. Im Gegenteil, Kindern, die sowieso Mühe haben, zu lernen, gibt man noch einen besonderen Schlag, indem man sie zu Repetenten stempelt und sie zwingt, die Lehrer und die Klassengemeinschaft zu wechseln. Und schon werden in Israel die Folgerungen aus dieser Untersuchung gezogen: Kein Kind darf mehr sitzen gelassen werden. Die Lehrer müssen sehen, wie sie mit allen Kindern vorankommen, ohne die leichter Lernenden zu hemmen.

In den Kinderspitälern wurde festgestellt, daß es schwer ist, die Säuglinge und Kleinkinder gesund zu bekommen, weil sie durch den Wechsel der Umgebung und vor allem das plötzliche Verschwinden der Mutter einen Schock bekommen. Was liegt näher, als mutig die Spalttüren zu öffnen: Mütter und Väter haben die Möglichkeit, den halben Tag lang am Bettchen des Kindes zu weilen – und die Kinder werden schneller gesund!

Im zweijährigen, für Burschen und Mädchen obligatorischen Militärdienst werden die Neueinwanderer durch die Sabra in die israelische Gemeinschaft eingeführt. Diese Gemeinschaft ist auch ihre Gemeinschaft, die Sabra fühlen sich für den Aufbau des Landes mitverantwortlich. Sie helfen, das Land an den Grenzen zu verteidigen, sie bauen neue Siedlungen. Wichtige Aufgaben werden ihnen übergeben. Man hat das Gefühl, in Israel lebten weit mehr kräftige junge Menschen als anderswo. «Bei uns erziehen die Kinder die Eltern», wird freundlich lachend erklärt. Das trifft vor allem für die Neueinwanderer aus dem Osten zu.

Probleme zum Exportieren – Lebendigkeit des Volkes

Israel hat den großen Vorteil, ein junges Land zu sein, das seine sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen neu aufbauen kann. Als Land

der Einwanderer kann es aus den Erfahrungen der ganzen Welt Nutzen ziehen. An Raum fehlt es nicht, und mit Boden kann nicht spekuliert werden, weil der Großteil desselben dem Nationalfonds gehört und nur in Pacht oder im Baurecht vergeben wird.

An Problemen fehlt es dem Land allerdings nicht: Woher das für die Bewässerung der Wüste nötige Wasser nehmen, damit die Neuankömmlinge angesiedelt werden können? Wie den Frieden mit den arabischen Staaten schaffen? Wie die arabische Bevölkerung im eigenen Land in die Gemeinschaft eingliedern? Woher das Kapital nehmen für die Wohnungen der Neuankömmlinge und die nötigen Industrieanlagen? Wie die Militärausgaben finanzieren? Wie den Lebensstandard der orientalischen Juden demjenigen der europäischen Juden angleichen?

«Probleme haben wir zum Exportieren genug, mehr noch als Orangen», wird erklärt.

Sind es die Probleme, die das Volk so lebendig erhalten? Sie werden diskutiert, Lösungen werden ausprobiert. Was sich bewährt, wird fortgeführt, wo schlechte Erfahrungen gemacht werden, wird geändert. Alles ist im Fluß, jede Statistik ist schon im nächsten Jahr überholt. Oft hört man sagen: «Erinnert ihr euch noch, wie wir hier an dieser Stelle Kamele in den Dünen sahen – und jetzt ist es eine der belebtesten Straßen von Tel Aviv!»

Überall herrscht eine selbstverständliche Gastfreundschaft und Großzügigkeit. Die Bande zwischen Verwandten und Freundeskreisen sind eng. Was zählt, ist der menschliche Wert und die geleistete Arbeit, nicht die Kleidung, das moderne Auto oder die Villa.

Die Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten ist selbstverständlich, nahmen sie doch von Anfang an am Aufbau des Landes als Partnerinnen teil. Natürlich, bei den aus dem Osten eingewanderten Juden und bei den Arabern spielt die Frau oft noch eine untergeordnete Rolle in der Familie. Darum gibt sich die Frauenabteilung der Gewerkschaft ganz besondere Mühe um die Schulung der einwandernden Frauen aus dem Osten. Wenn sie nicht hebräisch lernen, bleiben sie in der Familie hinter den Männern und Kindern zurück, die durch die Berufsarbeit und die Schule in die neue Gemeinschaft hineinwachsen. In den Araberdörfern müssen die Gewerkschaftsfunktionärinnen bei jeder Neuerung zuerst die Männer um Erlaubnis fragen: ob die größeren Mädchen und Frauen lesen und schreiben lernen dürfen, ob sie sich ein europäisches Kleid nähen dürfen usw. Voll Würde erklärte aber auch ein arabischer Dorfvorsitzender seinen Besuchern: «Die Frau ist doch eine Partnerin in der Familie. Wenn sie nicht tüchtig ist, kommt auch der Mann nicht voran.»

Ben Gurion, der weißhaarige Ministerpräsident, macht jeden Tag einen Marsch von 16 Kilometern. An einem bestimmten Tag im Frühling marschieren Hunderte und Hunderte von Menschen, Alte und Junge, Frauen und

Männer von allen Teilen des Landes nach Jerusalem – einfach so aus Freude an der körperlichen Leistung und an der Hauptstadt Jerusalem.

Natürlich haben auch die Israeli Dinge, über die sie sich beklagen: früher Eingewanderte finden, daß man den Neueinwanderern mehr Hilfe ange-deihen läßt als ihnen (zum Beispiel in bezug auf Wohnungen), daß die Steuern zu hoch sind – wer zahlt schon gern Steuern? Neueinwanderer sehen in den schon etablierten Bürgern eine bevorzugte Gruppe... Aber all das wird übertönt durch den gemeinsamen Willen, ein eigenes Land aufzubauen, durch den allen gemeinsamen Wunsch, es mögen noch mehr Juden ins Land kommen, auch wenn jeder Neueinwanderer Kosten verursacht und neue Probleme schafft. Alle sind willkommen, seien es orientalische Juden, denen die einfachsten Regeln der Zivilisation beigebracht werden müssen, oder Juden aus Rumänien, die einen Abscheu haben vor allem, was Gemeinschaft ist und sie an Kolchosen erinnert.

Die gemeinsame Arbeit am Aufbau des eigenen Staates beherrscht die Atmosphäre. Man bringt dafür Opfer, man hilft, man setzt sich ein, man freut sich über jeden Fortschritt, über jeden grünen Baum, der in der Wüste anwächst. Jeder ist bereit, den andern zu erziehen, und sei es nur, indem man ihn darauf aufmerksam macht, daß Papier nicht einfach auf die Straße geworfen wird. «Das nächste Mal werde ich es anders machen, Frau», ist die freundlich versprechende Antwort. – Alle lernen die gleiche Sprache und grüßen mit dem gleichen schönen Wort: Schalom – Friede.

Vorträge müssen wiederholt werden, weil nicht alle Interessierten Platz finden, vor der Kunsthalle standen Menschen Schlange. Monatliche Konzerte in der 3500 Plätze fassenden Halle in Tel Aviv müssen viermal wiederholt werden, und noch ist es schwierig, Karten zu bekommen. Immer ist alles ausverkauft. Eine große Anzahl Erwachsene besucht Kurse, lernt, zeichnet, malt oder singt in Chören.

Ein Problem exportiert man tatsächlich als sozialistischer Besucher des Landes: Wie erreichen, daß auch in unseren älteren, wohlhabenderen Ländern ohne Krieg und Wüste eine solche Lebendigkeit des Volkes erhalten bleibt? Wie erreichen, daß der steigende Lebensstandard nicht zu Kleinbürgerlichkeit und Langeweile führt, daß das ganze Volk Bücher liest, lernt und sich mit wichtigen Problemen befaßt? Wie den Jungen Raum geben für ihre Neues schaffen wollenden Kräfte?

Dem Kulturprogramm der SPS kommt auf diesem Gebiet entscheidende Bedeutung zu.